Zeitschrift: Rote Revue : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 85 (2007)
Heft: 4

Artikel: Die Aussenpolitik der SP Schweiz
Autor: Hug, Peter
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-342027

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 02.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Die Aussenpolitik der SP Schweiz

Die Sozialdemokratische Partei der Schweiz steht aussenpolitisch für Öffnung und Solidarität ein. Öffnung der Schweiz bedeutet, international politisch

Peter Hug

mitwirken und mitgestalten zu wollen, sei es in der UNO, in der Europäischen Union (EU) oder in anderen wichtigen multilateralen Organisationen, die auf dem Prinzip der Offenheit beruhen. Solidarität steht für eine Politik, die auf der Seite der Schwachen, Ausgebeuteten und Unterdrückten steht und die bürgerlichen und sozialen Menschenrechte sowie ökologische Nachhaltigkeit zur Richtschnur des politischen Handelns nimmt.

Im Wettstreit mit anderen Politikbereichen war und ist Aussenpolitik in der Wahrnehmung der Partei und der Öffentlichkeit freilich nicht von vorneherein prioritär. Im Kalten Krieg sorgte die bürgerliche Mehrheit im Bundesrat dafür, dass die SP dem Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA) vorzustehen hatte, da dieses offensichtlich als zweit- oder drittrangig galt. Den SP-Vorstehern des EDA gelang es dabei während Jahrzehnten kaum, Spuren zu hinterlassen. Bis 1989 gehörten dem gesamten diplomatischen Korps, das im EDA gleichzeitig die Spitzenpositionen besetzte, bloss zwei SP-Mitglieder an, nämlich François Nordmann und Tim Guldimann. Dies änderte sich erst unter Micheline Calmy-Rey.

Die Aussenpolitik gewann vorübergehend an politischem Gewicht, nachdem die Stimmenden 1992 knapp den Beitritt der Schweiz zum Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) verworfen hatten. Die 1991 von der SP erstmals erhobene Forderung, der Europäischen Gemeinschaft bzw. der EU beizutreten, gehörte in elektoraler Hinsicht fortan zu den Kennzeichen sozialdemokratischer Politik. Verstärkt durch die Gegnerschaft zum immer aggressiver auftretenden rechtsnationalistischen Kurs der Schweizerischen Volkspartei (SVP) wählten in den 1990er Jahren nicht wenige Menschen die SP allein deshalb, weil die SP als einzige grosse Partei konsequent für den Beitritt zur EU eintrat. In den nationalen Wahlen von 1999 und 2003 gehörte die Europapolitik zu den wichtigsten Themenfeldern überhaupt, die in der Schweiz über den Wahlerfolg entschieden.[1] Mit den klaren Ja-Mehrheiten in den Abstimmungen über die bilateralen Verträge I (2000), die Bewaffnung von Schweizer Soldaten in UNO-Friedenseinsätzen (2001), den UNO-Beitritt (2002) sowie die Erweiterung der Personenfreizügigkeit und die Assoziierung an Schengen (Bilaterale II, 2005) setzte sich die SP dabei auch an der Urne konsequent gegen die SVP durch.

Die SP-Basis stand dabei stets hinter der öffnungsorientierten Politik der Partei. Laut Meinungsumfragen trugen Personen, die Sympathien für die SP hegten, in europapolitischen Abstimmungen von allen

[1] Pascal Sciarini, Sibylle Hardmeier, Adrian Vatter (Hg.): Schweizer Wahlen 1999 – Elections fédérales 1999, Bern 2003 zeigten, dass die EU (nebst Asyl, Sozialausgaben und Umwelt) ausschlaggebendes Thema war.

Parteien stets am meisten Ja-Stimmen bei. Laut Vox-Analyse waren dies in der Schengen-Abstimmung vom 5. Juni 2005 82% (FDP 79%, CVP 72%), während 92% der SVP-AnhängerInnen die Abkommen ablehnten. Am 25. September 2005, als 56% der Erweiterung der Personenfreizügigkeit auf die zehn neuen EU-Mitgliedstaaten zu-stimmten, waren es 89% (CVP 81%, FDP 74%). Noch klarer war der linke Ja-Überschuss in der Abstimmung über die Bilateralen I am 21. Mai 2000: 93% der SP-Sympatisierenden stimmten zu – gegenüber 83% bei der FDP und 69% der CVP; 76% der SVP-Sympatisierenden lehnten ab. Auch die Meinungsumfragen der Forschungsstelle für Sicherheitspolitik an der ETH Zürich zeigen regelmässig auf: Wer sich politisch links einstuft, ist mehrheitlich für einen EU-Beitritt. Im Februar 2005 sprachen sich 59% aller, die sich politisch als links einstufen, für einen EU-Beitritt aus. Von allen Befragten standen 40% dafür ein, dass die Schweiz der EU «ohne Vorbehalte» beitritt.

Ende eines ideologisch-politischen Zyklus

Für die eidgenössischen Wahlen 2007 liegen zwar noch keine gesicherten Analysen über Motive und Hintergründe vor. Die Niederlage der SP beruht aber mit Sicherheit nicht allein auf taktischen oder kommunikativen Fehlern. Vielmehr deutet sie auf ein Ende eines ideologisch-politischen Zyklus hin, mit dem sich alle sozialdemokratischen Parteien in Europa konfrontiert sehen. Die SP bezahlt in manchen europäischen Ländern den politischen Preis für die Kosten, die mit der von ihr traditionell unterstützten europäischen Integration und Globalisierung der Märkte verbunden sind.[2]

[2] Ernst Hildebrand, Zwischen alten Rezepten und neuen Herausforderungen. Die europäische Linke muss sich neu orientieren, Berlin und Bonn: Friedrich Ebert Stiftung 2007.

Aus dieser These folgt unmittelbar, dass die SP ohne programmatische Erneuerung weiter verlieren wird, und zwar nicht nur an traditionelle Gegner der rechten Mitte, sondern namentlich an neue rechtspopulistische bis rechtsextreme Parteien, wie dies in bestimmten Phasen in Italien (Forza, Lega), Frankreich (2001: Le Pen), Belgien (Vlaamse Belang), Österreich (Haider) und Dänemark (Volkspartei) ausgeprägt der Fall war. Selbst in den zutiefst sozialdemokratisierten skandinavischen Ländern wurde die SP in den letzten Jahren aus vier von fünf Regierungen gefegt. Die SP verlor dabei gleichzeitig an die Gewinner wie an die Verlierer der Globalisierung. Die Gewinner der Öffnung wählen rechts, obschon die Konstrukteure der europäischen Integration und Öffnung gegenüber dem Weltmarkt vielfach Sozialdemokraten waren und sind. Und auch die Verlierer der Globalisierung wählen rechts, obschon der Rechtspopulismus keine Lösung dagegen anbietet, dass die Löhne seit Jahrzehnten weit weniger wachsen als die Wirtschaft; dass der Anteil der Lohnsumme am Volkseinkommen einem säkularen Sinkflug unterliegt; dass sich die Arbeitslosenquote in Europa gegenüber den 1960er und 1970er Jahren verdreifacht hat; und dass die Globalisierung Klima und Umwelt in einem Mass schädigt, dass die Existenz von immer mehr Menschen bedroht ist.

Die SP bezahlt den politischen Preis für die Kosten, die mit der europäischen Integration und Globalisierung der Märkte verbunden sind.

Öffnung und «innere» Reformen

Dabei ist offensichtlich: Es gibt keine andere politische Kraft als die sozialdemokratischen Parteien, die in der Lage wäre, die gewaltige Herausforderung der Globalisierung anzunehmen. Die liberalen und die neoliberalen Kräfte vertrauen allein auf den Markt und übersehen dabei, dass der durch die Globalisierung verschärfte Wettbewerb ohne starke politische Regulierung jenen bevorteilt, der die miesesten Löhne und Arbeitsbedingungen anbietet

und die Umwelt zu Schanden reitet. Und die Rechts- und Linksnationalisten übersehen, dass Protektionismus und Rückzug auf den Nationalstaat nicht nur die Grundlagen der heutigen Wirtschaft und lebensweltlichen Erfahrung zerstören, sondern auch eine unannehmbare Desolidarisierung mit den Opfern der Globalisierung beinhaltet. Allein die Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen können glaubwürdig für eine starke politische Regulierung der Globalisierung und eine wirksame staatliche Intervention zugunsten der weltweiten Durchsetzung menschenwürdiger Arbeitsbedingungen, einer ökologisch nachhaltigen Entwicklung und der Menschenrechte eintreten.

Die Sozialdemokratie hat heute die historische Aufgabe, den Nationalstaat, die EU und das UNO-System als wirksamen Schützer neu zu erfinden.

Die Sozialdemokratie hat insofern heute die historische Aufgabe, den Nationalstaat, die EU und das UNO-System als wirksamen Schützer neu zu erfinden und den eigenen Internationalismus so zu stärken und zu nutzen, dass wirksame Wege zur sozialen und ökologischen Zähmung der Globalisierung aufgezeigt und durchgesetzt werden können. Auch die SP Schweiz hat durchaus Schritte in diese Richtung eingeleitet. Das Bewusstsein darüber, in welchem Mass heute angesichts der Globalisierung Innen- und Aussenpolitik ineinander greifen, ist aber auch hierzulande im politischen Alltag noch zu wenig vorhanden.

Die SP Schweiz konzentrierte sich seit der Abstimmung über die Bilateralen I in aussenpolitischen Abstimmungsvorlagen auf das Konzept, aussenpolitische Öffnungsschritte mit «inneren Reformen» zu kombinieren. Wichtigstes Beispiel bilden die flankierenden Massnahmen zur Personenfreizügigkeit mit den Ländern der EU als Lehre aus der knapp verlorenen EWR-Abstimmung. Laut Nachanalyse war 1992 der Verzicht auf arbeitsmarktliche Schutzmassnahmen für die Abstimmungsniederlage entscheidend.

15 Jahre später ist die Schweiz auch ohne EWR-Mitwirkung und ohne EU-Beitritt stärker in den europäischen Binnenmarkt integriert als mancher EU-Mitgliedstaat. Weiterhin hat die Schweiz aber nicht an den europäischen politischen Institutionen teil, die allein geeignet sind, die Globalisierung und den Binnenmarkt in soziale und ökologische Schranken zu weisen. Für die SP Schweiz wird es umso anspruchsvoller, ihre Stammwählerschaft davon zu überzeugen, dass sie auch die weiteren europäischen Öffnungsschritte mitmachen soll. Haupterkenntnis der SP-Europa-Plattform von 2006 war es, dass ein EU-Beitritt nichts Statisches ist, sondern politisch gestaltbar ist und Politikbereich für Politikbereich von (ohnehin längst überfälligen) Reformen begleitet werden muss, um sozial, ökologisch und grundrechtlich zu genügen. Die SP ist auch mit Blick auf bevorstehende europapolitische Abstimmungen über die Erweiterung und Fortsetzung der Personenfreizügigkeit gut beraten, nicht nur die konsequente Durchsetzung der bekannten flankierenden Massnahmen auf dem Arbeitsmarkt, sondern auch neue flankierende Schutzmassnahmen auf dem Wohnungsmarkt zu fordern.

Soziale und ökologische Zähmung der Globalisierung

Schutzmassnahmen und innere Reformen, die sich auf die nationale Ebene beschränken, genügen aber angesichts des verschärften globalen Wettbewerbs heute nicht mehr. Immer mehr Themenfelder können nicht allein mit einem innenpolitischen Instrumentarium abgearbeitet werden, sondern bedürfen wirksamer aussenpolitischer Initiativen und internationaler Zusammenarbeit, um erfolgreich angegangen werden zu können. Dazu gehört namentlich auch die öffentliche Sicherheit und die Migrationspolitik, wo die SP festgefahrene Tabus aufzubrechen hat. Aber auch in der sozialen Frage darf sich die SP nicht weiterhin auf die Verteidigung der alten

Sozialversicherungssysteme beschränken, sondern innovative Ideen entwickeln, wie das System der sozialen Absicherung grundlegend erneuert werden kann, ohne falsche Anreize zu schaffen oder individuelle und kollektive Gestaltungsspielräume einzuengen. Arbeit ist nicht etwas, das es nach Möglichkeit zu vermeiden gilt, sondern Ort der Selbstverwirklichung. Dabei erhöhen internationalisierte Arbeitsmärkte die Wahlfreiheit und Entwicklungsmöglichkeiten der Menschen, vergrössern das Wirtschaftswachstum und tragen zur Finanzierung der Sozialwerke bei. Unter den heutigen Bedingungen üben sie aber gleichzeitig einen zerstörerischen Druck auf die Arbeitsverhältnisse aus: Die Lohnquote sinkt, die Zahl temporär Angestellter nimmt zu und an Stelle geregelter Arbeitszeiten tritt Arbeit auf Abruf.

Der Produktionsstandort Schweiz steht heute aufgrund der Globalisierung in direktem Wettbewerb mit jener Hälfte der Weltbevölkerung, die weniger als zwei Dollar pro Tag verdient; mit jenen über 12 Millionen Menschen, die versklavt sind; und mit den 200 Millionen Kindern, die arbeiten, statt zur Schule zu gehen. Solange auf dem Weltmarkt aber jene einen Wettbewerbsvorteil erhalten, die Zwangsarbeiter und Kinder für sich schuften lassen, zwingendes internationales und nationales Arbeitsrecht missachten und Raubbau an der Natur begehen, solange werden nationale «flankierende Massnahmen» und «innere Reformen» zu kurz greifen, um der Prekarisierung der Arbeit auch bei uns wirksam entgegenzuwirken.

Kampagne «Menschenwürdige Arbeit für alle»

Die SP Schweiz hat sich deshalb gemeinsam mit dem Schweizerischen Arbeiterhilfswerk und dem Schweizerischen Gewerkschaftsbund der internationalen sozialdemokratischen Kampagne «Menschenwürdige Arbeit für alle» angeschlossen, differenzierte Positionspapiere erarbeitet und in den eidgenössischen Räten und auf kantonaler Ebene zahlreiche Vorstösse eingereicht.[3] Sie konkretisieren das 1999 von der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO) entwickelte und seither von allen grossen UNO-Organisationen und der EU verfolgte Konzept der «menschenwürdigen Arbeit» und setzen es in der Schweiz um.

Im Kern geht es um drei Stossrichtungen: Erstens muss sich die Schweiz primär und mit Nachdruck für multilaterale Abkommen im Rahmen der WTO engagieren und sich dort dafür einzusetzen, dass sich das WTO-Recht an den Konventionen der IAO, den multilateralen Umweltabkommen und den UNO-Menschenrechtspakten I und II als gleichrangige Rahmenbedingungen orientiert. Zweitens sind Abkommen über Freihandel, Investitionsschutz und Geistiges Eigentum nur dann abzuschliessen, wenn diese zu einer nachhaltigen Entwicklung beitragen und darin soziale, ökologische sowie menschenrechtliche Standards verankert sind. Und drittens ist die bedeutende Nachfragemacht des öffentlichen Beschaffungswesens auf Ebene Bund, Kantone und Gemeinden dafür zu nutzen, dass Produkte aus fairem und nachhaltigem Handel bevorzugt beschafft werden können und an öffentlichen Ausschreibungen nur teilnimmt, wer über die ganze Produktionskette hinweg die Einhaltung der IAO-Kernübereinkommen und der nationalen Arbeits- und Umweltgesetze gewährleistet.[4]

Der Produktionsstandort Schweiz steht in direktem Wettbewerb mit jener Hälfte der Weltbevölkerung, die weniger als zwei Dollar pro Tag verdient.

Peter Hug, Jg. 1955, ist Politischer Sekretär der SP Schweiz für Aussen-, Friedens- und Sicherheitspolitik.

[3] Siehe www.decentwork.org

[4] Siehe die Dokumente unter www.spschweiz.ch – Positionen – Dossiers – Globalisierung.